

**Bezugspreis:**  
Wöchentlich 35 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Ungarn, Böhmen wöchentlich 1.30 Goldmark, für das übrige Ausland 1.45 Goldmark pro Woche. Kreuzband einbringen nur gegen wertbeständige Zahlung. Goldbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erziehung und Aberglauben“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Freizeitwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506 2507

Dienstag, den 12. Februar 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkontogewalt, Teufelstraße Lindenstraße 3

## Internationale Arbeitszeitkonferenz.

### Eine Anregung der englischen Arbeiterregierung.

London 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In den Beratungen, die in den letzten Tagen zwischen den Mitgliedern des englischen Kabinetts über die Festlegung der Regierungserklärung stattgefunden haben, soll, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, ein Projekt des Arbeitsministers Tom Shaw, die Arbeitsminister aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einzuladen, eine Rolle gespielt haben. Es soll sich vor allem darum handeln, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens zu beschleunigen und den achtstündigen Arbeitstag international festzusetzen. Auch Deutschland, das das Washingtoner Abkommen bisher noch nicht ratifiziert hat und von woher dem Achtstundentag neue große Gefahren drohen, wird zu dieser Konferenz eingeladen werden.

Die begrüßenswerte Initiative des englischen Arbeitsministers stützt sich auf einen Teil des Friedensvertrages von Versailles, der zu den am wenigsten zitierten gehört, weil in den Kreisen der Unternehmer eine internationale Verschwörung des Schweigens gegen ihn besteht. Es ist das der Teil 13, der von der Organisation der Arbeit handelt. In seiner Einleitung ist angeführt, daß der Weltfrieden „nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit“ ausgeführt werden kann, und es wird weiter erklärt, daß „Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit sozialer Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Weltfriede gefährdende Unzufriedenheit entsteht“. Weiter wird gesagt, daß „eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, z. B. hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festlegung eines Höchstmaßes des Arbeitstages und der Arbeitswoche“. Zu diesem Zweck ist das Internationale Arbeitsamt begründet worden, dem bekanntlich der französische Sozialist Albert Thomas als Direktor vorsteht. Es sollen Übereinkommen geschlossen werden, deren Einhaltung durch wirtschaftliche Strafmaßnahmen erzwungen werden kann.

Unter den Grundsätzen, über die vor allem eine Einigung erzielt ist, nennt der Vertrag als vierten:

Annahme des Achtstundentags und der 48-Stunden-Woche als zu erstrebendes Ziel überall, wo es nicht erreicht ist.

Am 29. bis 31. Januar tagte nun in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, worüber hier schon berichtet worden ist. Es darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Arbeitergruppe einen Antrag eingebracht hatte, der auf schnelle Ratifizierung der Konvention über den Achtstundentag drängte. Die deutschen Industriellen nahmen dagegen Stellung und sandten die kräftigste Unterstützung bei dem Vertreter Frankreichs, Pinot, der erklärte, daß Deutschland zur Verlängerung der Arbeitszeit gezwungen sei, um die ihnen im Friedensvertrag auferlegten Reparationen bezahlen zu können. Vergebens wies der deutsche Arbeitervertreter Genosse Leipart darauf hin, daß es andere Wege zur Erhöhung der Produktion gebe als die Verlängerung der Arbeitszeit. Unterstützung fand er nur bei der Vertreterin der neuen englischen Regierung, Mrs Margaret Bondfield. Der deutsche Regierungsvertreter unterließ es, auf den entscheidend wichtigen Umstand hinzuweisen, daß gerade der Vertrag von Versailles selbst die Bezahlung der Reparationen durch Verlängerung der Arbeitszeit ausschließt.

Hier ist der Punkt, an dem offenbar die Initiative der englischen Arbeiterregierung einsetzt. Will die deutsche Regierung nicht den deutschen Arbeitnehmern die Überzeugung beibringen, daß ihre Interessen von einer fremden Regierung besser gewahrt werden als von der eigenen, so wird sie ihre bisherige unter dem Einfluß der Unternehmer stehende Haltung aufgeben und die englische Anregung kräftig unterstützen müssen. Es ist nur ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, eine aus den Reparationslasten entspringende Bedrückung des eigenen Volkes zu verhindern, die vom Versailler Vertrag nicht nur nicht verlangt, sondern geradezu untersagt wird.

### Macdonald beim König.

London, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald wurde heute vom König in Audienz empfangen. Wie verlautet, erstattete er dabei dem König Bericht über die Handlungen der Regierung in den ersten drei Wochen ihrer Existenz, und gab ihm einen Überblick über die Politik, die er am Dienstag in seiner Programmrede im Unterhaus entwickelt würde.

unmöglich sein, derartige Schuldschreibungen zu schaffen, die einen bestimmten Teil der nichtsommergarantierten künftigen Zahlungen Deutschlands darstellten. Bedingung sei jedoch, daß sie die Möglichkeit böten, die deutsche Schuld in eine Handelschuld, die französische Reparationsforderung in eine Forderung umzuwandeln, die sich auf Staatsangehörige aller Länder verteile.

### Baldwin wieder Führer der Konservativen.

London, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In seiner letzten Rede gab Baldwin zu, daß die Politik der Reform der Schutzolltarife, über die die Partei bei den letzten Wahlen eine Niederlage erlitten hätte, fallen gelassen werden müßten, bis zu dem Zeitpunkt, wo das Land durch Erziehungsdarlehen dafür selbst gemacht sein würde. Die künftige Politik der konservativen Partei würde jedoch dahin gehen, den notleidenden Industrien ganz besonders zu helfen, was erreicht werden könnte durch eine Erweiterung der Grundzüge des bereits bestehenden Gesetzes zum Schutze der nationalen Industrie. Die Forderung der Meißbegünstigung innerhalb des britischen Weltreiches würde im Parteiprogramm aufrechterhalten bleiben. Andererseits würde, sagte er, die Zukunft Englands aufs Spiel gesetzt werden, da das britische Reich den einzig sicheren Absatzmarkt Englands bilde. Daraus folgte wurde Baldwin einstimmig wieder zum Vorsitzenden in der konservativen Partei gewählt.

### Ein Schuldenregelungsplan.

Paris, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeitung „Excelsior“ behauptet, es sei von amerikanischer Seite folgende Anregung gemacht worden, um das Problem der internationalen Schulden zu lösen. Der Plan gehe dahin, daß Amerika bereit wäre, gegen Überlastung der britischen Kolonialinsel Jamaica in Westindien seine Forderungen an England zu schieben und die Bezahlung der französischen Schulden an England selbst zu übernehmen während Frankreich seinerseits seine westindischen Besitzungen (nämlich die Inseln Martinique und Guadeloupe) England überlassen würde. Es wird jedoch hinzugefügt, daß dieser Plan nicht neu sei und daß sowohl Lloyd George wie Baldwin ihn seinerzeit im Namen Englands abgelehnt hätten.

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag. Der Text des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages ist jetzt veröffentlicht worden. Der Vertrag ist abgeschlossen für Deutschland von Dr. Biedfeldt, für Amerika von Hughes. Der Vertrag umfaßt 33 Artikel und ist in deutscher und englischer Sprache ausgearbeitet. Der Vertrag bezieht im wesentlichen auf dem Grundlag der gegenseitigen Meißbegünstigung. Er gilt für zehn Jahre, vom Tage der Ratifizierung ab, die noch aussteht.

## Um den Achtstundentag.

### Die Ausführung der Arbeitszeitverordnung.

Das Reichsarbeitsministerium hat den Regierungen der Länder vor einigen Tagen einen Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Arbeitszeitverordnung mit der Bitte um Stellungnahme zugehen lassen. Dieser Entwurf entspricht keineswegs auch nur annähernd den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer, ganz besonders aber geben die Ausführungsbestimmungen zum § 6 der Arbeitszeitverordnung Anlaß zur Kritik. Dieser Paragraph regelt bekanntlich die behördliche Zulassung einer längeren als der achtstündigen Arbeitszeit.

Eine längere Arbeitszeit kann nach § 6 zugelassen werden, soweit sie aus betriebstechnischen oder aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Was nun unter „allgemein wirtschaftlichen Gründen“ zu verstehen ist, sagt die Verordnung nicht. Um so mehr aber darf man erwarten, daß die Ausführungsbestimmungen eine nähere Umschreibung dieses recht dehnbaren Begriffs bringen werden. Leider aber versagt der jetzt vorliegende Entwurf des Reichsarbeitsministeriums in dieser Beziehung vollkommen. Anstatt eine nähere Darlegung zu bringen, wann die eine Verlängerung der Arbeitszeit gebietenden „allgemein wirtschaftlichen Gründe“ als vorliegend erachtet werden sollen, begnügt er sich damit, zu sagen, daß bei Prüfung der Anträge auf Zulassung einer erhöhten Arbeitszeit gebührende Rücksicht auf die bei der wirtschaftlichen Lage erforderliche Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung zu nehmen ist.

Dieser Wortlaut läßt die Auslegung zu, daß jede Arbeitszeitverlängerung zugelassen werden soll, wenn sie nur eine Steigerung oder Verbilligung der Produktion zur Folge zu haben verspricht. Sonst aber schon die Notwendigkeit der Steigerung und Verbilligung der Produktion — und diese liegt ja heute in Deutschland für alle Industriezweige vor —, so würde das bedeuten, daß jedem Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit stattgegeben werden muß und damit der Achtstundentag von der Regel bald zur Ausnahme werden wird.

Man kann doch unmöglich in einer verlängerten Arbeitszeit einen weiteren Ausgleich schaffen wollen für alle jene zahlreichen, die Produktion so außerordentlich belastenden Mißstände der deutschen Wirtschaft, wie zum Beispiel die infolge des billigen Arbeitslohns jahrelang betriebene Vernachlässigung der Betriebe in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht und vor allem die preisverteuernde Synopolitik, die die Herstellungskosten des unter den ungünstigsten Umständen, d. h. in dem technisch und wirtschaftlich rückständigsten Betrieb hergestellten Produkts maßgebend sein läßt für alle im Lande produzierten gleichen Waren. Alle aus dieser Mißwirtschaft resultierenden Lasten sind schon in mehr als ausreichendem Maße durch die ungeheure Lohnreduzierung auf die Arbeiter abgewälzt worden. Eine weitere Verringerung des Anteils der Arbeit an den Gesamtproduktionskosten der Waren durch Verlängerung der Arbeitszeit dürfte den Unternehmer nur allzu leicht verleiten, von der so außerordentlich notwendigen wirtschaftlichen und technischen Reorganisation seines Betriebes auch weiterhin Abstand zu nehmen. Damit aber würde gerade das Gegenteil dessen erzielt, was erreicht werden soll, nämlich eine Steigerung der Produktion.

Welcher volkswirtschaftlich auch nur halbwegs gebildete Mensch wird glauben, daß diese die deutsche Wirtschaft so sehr belastenden Mißstände in ihrer preisverteuernden Wirkung auf die Dauer durch Arbeitszeitverlängerung bei einem größtenteils unter dem Existenzminimum liegenden Arbeitslohn aufgehoben werden können? Es muß deshalb in den Ausführungsbestimmungen unbedingt betont werden, daß eine Arbeitszeitverlängerung im allgemeinen nur dann zugelassen werden darf, wenn ein wandfrei erwiesen ist, daß die Verteuerung oder Verringerung der Produktion gegenüber ihrem Friedensstande durch Arbeitszeitverkürzung oder doch geminderte Arbeitsleistung verursacht ist. Aber auch dann darf die Arbeitszeitverlängerung erst als letztes Mittel angewandt werden. „Allgemein wirtschaftliche Gründe“ gebieten erst dann eine Verlängerung der Arbeitszeit, wenn andere Wege zur Erzielung einer Produktionssteigerung nicht gangbar sind.

Weiter ist in den Ausführungsbestimmungen festzulegen, daß nicht die privatwirtschaftliche Rentabilität entscheidend sein darf für die Zulassung einer Arbeitszeitverlängerung, sondern lediglich die volkswirtschaftliche. Möglich ist, daß durch Verlängerung der Arbeitszeit zwar eine — wenn auch nur vorübergehende — Produktionssteigerung erreicht werden kann, daß aber die verlängerte Arbeitszeit zugleich eine Gefährdung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Arbeiter und somit einen unrationellen Verbrauch der menschlichen Arbeitskraft, der letzten Endes die Gesamtproduktion wieder belasten und verteuern muß, darstellt wird. Ein Augenblickserfolg darf auf keinen Fall mit dauernder Schädigung des für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands wichtigsten Produktionsfaktors erkauft werden.

### Botschafter Hoersch bei Poincaré.

#### Übereinkunft des Beurlaubungsschreibens und einer neuen Denkschrift.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag auf Wunsch Poincarés verlagte Übereinkunft des Beurlaubungsschreibens des neuen deutschen Botschafters Herrn v. Hoersch hat am Montag nachmittags um 2 1/2 Uhr stattgefunden. An den formellen Akt hat sich eine Aussprache angeschlossen, die etwa 45 Minuten gedauert hat und die inhaltlich an den letzten deutsch-französischen Notenwechsel über ein Modus-vivendi-Abkommen des Rheinlands anknüpfte. Die rein negativen Argumentationen des letzten französischen Memorandums vom 11. Januar wurden von Herrn v. Hoersch in eingehenden Darlegungen widerlegt und richtiggestellt. Eine neue Denkschrift der deutschen Regierung, die von Herrn v. Hoersch im Anschluß an die Unterredung überreicht wurde, formuliert nochmals eingehend den Standpunkt der deutschen Regierung in all den Fragen, deren löstewalige Regelung sie als die Vorbedingung der Wiederangabelegung des wirtschaftlichen Lebens in den besetzten Gebieten betrachtet. Auch das Reparationsproblem wurde im Laufe der Unterredung aufgeworfen und eingehend behandelt.

### Grafmann bei den Sachverständigen.

Der erste Sachverständigenausschuß setzte gestern seine Untersuchungen fort und empfing zunächst den Vorsitzenden des Reichslandbundes Frh. v. Wangenheim und am Nachmittag den zweiten Vorsitzenden des ADGB, Genossen Peter Grafmann.

### Neue Reise Schacht nach Paris.

Paris, 11. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Sachverständigenausschüsse werden hier am nächsten Montag zu einer Sitzung zusammenzutreten, um mit dem Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, die Beratungen über die Errichtung einer Goldemissionsbank fortzusetzen.

### Frankreichs Ziel.

Paris, 11. Februar. (ADGB.) Der „Temps“ schreibt: Das Ziel der französischen Politik soll die darin bestehen: kein Gebiet, kein Pfand, keinen Zwang, Kontrolle und Beitreibungsmittel aus der Hand zu geben, es sei denn, im Austausch gegen übertragene Schuldverschreibungen, die tatsächliche Zahlungen darstellen. Wenn diese Garantien, mit deren Ausarbeitung die Sachverständigen beschäftigt seien und die die Reparationskommission funktionieren werde, tatsächlich wirksam würden, so dürfte es nicht







Nackttanz-Schwindel.

Bei den Versuchen, die in Berlin vorgekommenen Nackt-Abungen mit Kindern gegen die städtische Schulverwaltung...

Der Vorstand des Bundes entschiedener Schulforderungen, Bezirksverband Groß-Berlin, erklärt zu dem Streit...

Vorschriften machen dürfen. Nur mit der allmählichen, unablässig neu versuchten Verwirklichung der Einstellung der Öffentlichkeit...

Kuriere der KPD.

Aus der „unterirdischen“ Arbeit der Kommunisten.

Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei sind betamäßig schon mehrfach Kurierstellen ausgehoben worden. Unter der Beschuldigung...

Am 7. Dezember v. J. wurden die Angeklagten in einem Restaurant durch Polizeibeamte festgenommen. Bei R. wurden mehrere Zettel gefunden...

Staatsanwalt Dr. Burckhard war der Meinung, daß es der Polizei gelungen sei, eine kommunistische Kurierzentrale auszuheben...

Gefängnisstrafe wurde Abstand genommen, weil die Angeklagten nicht aus erschöpfter Gefinnung gehandelt hätten.

Frauenmord in der Lynarstraße.

Eine 52jährige mit durchschnittener Kehle aufgefunden.

Am Montagmorgen wurde in der sechsten Stunde in dem Hause Lymarstr. 13 die 53 Jahre alte Frau Klara Lieban in ihrem im zweiten Stock des Hauses belegenen Wohnung im entleerten Zustand...

Die Frau, die dort seit Jahren wohnt und sich in der letzten Zeit als Botenfrau für eine auf dem Wedding beleagene Altfabrik betätigt...

Die Volksgesundheit in Gefahr.

In der Kerkzeckammer berichtete Professor Dr. Bennhoff über den Abbaugesundheitslicher Einrichtungen. Indem er warnend auf die der Volksgesundheit drohenden Gefahren hinwies...

Seit dem Kriege ist das öffentliche Gesundheitswesen in Deutschland ganz erheblich zurückgegangen. In zahlreichen Orten Deutschlands hat man die Ausgaben für die Ausbesserung der Wasserleitungsanlagen...

(Nachdruck durch Volk-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Das wäre der erste Fall dieser Art,“ entgegnete ungläubig der Ingenieur. „Der Mann hat aus ganz offensichtlich politischen Motiven den Polizeipräsidenten erschossen.“

„Ich kann ihn doch nicht fragen: Was soll ich tun, um die Welt zu erlösen?“ dachte Jürgen.

„Und politische Verbrecher werden bekanntlich nicht ausgeliefert.“

Der Hilfsredakteur legte das Brot weg, ergriff ein Papier. „Es ist eine amtliche Depesche, in der das Attentat als gemeines Verbrechen dargestellt wird.“

„Aber so ersticke ich eines Tages noch in diesem zähen Sumpf, wenn nicht etwas geschieht.“

„Ich werde noch vor Mitternacht eine Notiz über den Fall in die Redaktion schicken für die morgige Nummer.“

Der ist mitten drin in der Umstürbewegung, dachte plötzlich entkammt, Jürgen und sah leuchtenden Blickes den Ingenieur an. „Vielleicht können Sie mir doch raten, was ich beginnen soll,“ sagte er, als ob er das, was er nur gedacht hatte, ausgesprochen hätte. „Einen Weg zeigen! Ich tue alles. Ich bin nicht feige!“

Der durch viele Publikationen im ganzen Lande bekanntgewordene sozialistische Agitator, vor dem schon öfters idealistisch gefinnene junge Menschen geflohen hatten, im Blick die Frage, was sie mit ihrem Idealismus anfangen sollten, fragte mit mehr Interesse im Ton, als er hatte: „Haben Sie schon Arbeiterverfassungen besichtigt?“ und lehnte seine Taschenuhr gegen das Aintenfah.

„Ich nicht. Aber mein Bekannter!... Er hatte eine Stellung gegründet. Jetzt ist er Mitglied der sozialistischen Partei, und da wird er wohl...“ sagte Jürgen und erdbete tief, als er sah, daß der Agitator ein Lächeln nicht ganz unterdrücken konnte.

„Die Siedlung war vollkommen kommunistisch... Auch diese Siedler konnten es einfach nicht ertragen, das Leben, so wie es ist... Alles zusammen, das Ganze! ist ja eine einzige ungeheureliche Niederträchtigkeit.“

„Wenn Sie sich dessen nur auch späterhin bemußt bleiben! Dann ist es ganz gleich, welchen Beruf Sie wählen. Wichtig ist dieses Bewußtsein. Möchten Sie das nie vergessen.“

„Das Bewußtsein?“

„Der Mensch kann auch sein Bewußtsein, nämlich das, was der in der Jugend, als noch Protestierender, schon erkannt und sogar tief empfunden und erlitten hatte, mit den Jahren vergessen.“

Jürgen kaufte hinein in sein dunkles Gefühls-Id. „Er kann, ich verstehe Sie schon, in eine gefährliche Schicksalspause hineinschlingern, ja? und in dieser Schicksalspause den Kampf aufgeben: alles verraten, was er erstrebt hatte.“

Der Agitator steckte die Uhr ein. „Höchste Zeit! Sie kommt nicht mehr. Wahrscheinlich ist sie von der Redaktion aus direkt ins „Paradies“ gefahren... Ungefähr das meine ich. Schicksalspause... Wie die das Mädchen ausnützen! Muß die Artikel schreiben und die Zeitung dann auch noch verkaufen.“

„Dann kommt das Geldauswuschschorren. Und wenn dann einer eine Zeitung kauftig, das heißt: brutal genug und nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht war, ist er — huch! die Verthe! wie mein Schulfreund sagt — auf Kosten unterdrückter Elendsmenschen ein geachteter Mann.“

„Aus solchen geachteten Männern besteht die herrschende Klasse.“

„Ich habe nämlich erfahren, weshalb Ihnen gekündigt wurde. Sie sind Sozialist!“ Und ob er ihn noch ein Stück begleiten dürfe, fragte Jürgen auf der Straße. „Sie glauben also, daß im Sozialismus alles von Grund auf besser werden würde?“

Der Agitator sprang auf die anfahrende Straßenbahn. „Ich glaube, daß jede Zeitepoche in sich ihre durch den Stand der Produktionskräfte bedingte Aufgabe trägt, die zu erfüllen der zeitbedingte Inhalt des Idealismus aller Kampf- und Opferbereiten ist, und daß die Aufgabe unseres Jahrhunderts in der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln besteht, in der Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum, in der Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege des Klassenkampfes...“

Kampfe um die Verwirklichung des Sozialismus, Seite an Seite mit der Arbeiterklasse, finden kann... Das gilt auch für Sie persönlich. Alle anderen Freiungs- und Erlösungs-ideen sind Rebel und Wölken in verschiedener Beleuchtung und werden von der bürgerlichen Front glatt verdrängt, so, von ihr selbst gestartet und als Fangangeln ausgeleert.“

Erst in dieser Sekunde, da er das erste Interesse des Agitators fühlte, erkannte Jürgen, daß es anfangs nicht ganz echt gewesen war. Das erstmal in meinem Leben, dachte er, gibt ein ernstzunehmender Mensch mir einen ernstgemeinten Rat, und ich weiß mit diesem Rate nichts anzufangen. Berstehe ihn gar nicht. Ueberführung der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum? Er hätte ebenso gut sagen können: Der Inhalt des Idealismus eines jungen Menschen unserer Zeit kann nur darin bestehen, daß er lernt, ohne Führer den Montblanc zu besteigen oder das Vaterunser von rückwärts zu beten. Jürgen war erwidert.

„Tatsächlich aber geschieht das Gegenteil: Die idealistisch gefinnene bürgerliche Jugend steht und kämpft gegen die Arbeiterklasse, gegen die Verwirklichung des Sozialismus, und damit gegen den nächsten großen Schritt zur Befreiung der Menschheit, gegen des Menschen nächsten Schritt zu sich selbst. Diese Jugend erkennt ihre Aufgabe nicht und gerät deshalb in die tollsten Verirrungen.“

So allmählich, wie die Trambahn den Brachstraken, dem Brunkenrieck entrukt und in die Glendseilen der verloberten, nackten Mietslofernen vorgerückt war, hatten die ausgekleideten Fahrkäse für schlechtaufgelebte den Wagen geräumt, der nun, überfüllt mit Arbeitern und Fabrikmädchen, keine schmutzige Ladung weiterkletterte durch das Viertel, wo die Rot stand in ihrer ganzen Größe. Hier rollten keine Gummi-equipagen, keine Autos mehr. Der Vorfündust gepflegter Damen war niedergegeschlagen und aufgetreten worden von dem dicken Schweigekant der Armut. In dem Wagen, wo noch kurz vorher weiße und frische Gestirter würdige gekühen hatten, hingen jetzt graue Antike im Dunst, hautüberzogene Schädel mit tief in die Höhlen versunkenen Augen, die blitzten.

Zwei Menschheiten: eine Menschheit war ausgestiegen; die andere Menschheit war eingestiegen.

Ein winziger, ganz weicher Schöpfung, von einer verackelnden Dacke im Wagen zurückgefallen, bekam irrübende Augen und bestte die fremde, die andere Menschheit an.

(Fortsetzung folgt.)





